



ALFRED
TOEPFER
STIFTUNG
F.V.E.

Steffen Mau

Annäherungen an den Wandel



In Zeiten wie diesen, wo sich vieles ändert und die Turbulenzen in der Politik zunehmen, ist man versucht, einen Kommentar zur politischen Lage und *Stichworte zur Zeit* zu liefern: als engagierter Bürger, Zeitgenosse oder analysierender Beobachter von Politik. Von einem Soziologen sollte man aber erwarten können, dass er weder Politik- oder Politikerschelte betreibt noch sich in allgemeinen Bemerkungen ergeht, die man auch Tageszeitungen entnehmen kann. Stattdessen soll es im Folgenden um ein breiteres Deutungsangebot gehen, das hilft, die gegenwärtige Lage besser einzuordnen. Meine Leitfrage ist: Warum tun sich Gesellschaften mit sozialem Wandel so schwer? Warum brechen so grundsätzliche Konflikte auf? Warum steigt die soziale Geiztheit? Wie wird Wandel prozessiert, verkraftet, verarbeitet?

Beschleunigter Wandel, gesellschaftliche Dynamisierung

Wir alle teilen vermutlich eine Grundintuition: So viel gesellschaftlichen Wandel wie zurzeit gab es noch nie. Arbeitsverhältnisse, Märkte, die geopolitische Situation, Technologie, kulturelle Werte, mediale Kommunikation, das soziale Zusammenleben oder die politische Kultur – überall steht das Gewohnte und sicher Gegläubte zur Disposition, überall wächst der Druck, sich auf Neues einzustellen. Die innere Kompassnadel zittert immer wieder heftig, vielen Menschen fällt

es schwer, sich ständig neu zu justieren und sich an andere Handlungskontexte anzupassen. Historisch gesehen kann man womöglich von einer *Hyperdynamisierung von Gesellschaften* sprechen, weil tiefgreifender Wandel nicht nur auf einen Bereich – Wirtschaft, Kultur oder Politik – beschränkt bleibt, sondern alle Verästelungen gesellschaftlicher Verhältnisse umfasst, und weil sich die Veränderungsraten erhöhen. *Beschleunigung* ist ja schon vor Jahren von meinem Kollegen Hartmut Rosa als gesellschaftlicher Mastertrend der permanenten Umgestaltung sozialer, kultureller, materieller Strukturen herausgearbeitet und sozialtheoretisch auf den Begriff gebracht worden. Ähnlich wie zu Beginn der Industrialisierung stellen stabilisierte oder auf Dauer gestellte Verhältnisse einen Ausnahmefall dar. Eingeklinkt in diese Wandlungsbeschleunigung sind Steigerungen gesellschaftlicher Komplexität, größere Unübersichtlichkeit und Erfahrungen der Entgrenzung. Während in der Menschheitsgeschichte Kulturtechniken oder Fertigkeiten oftmals über etliche Generationen Bestand hatten, werden sie nunmehr schon innerhalb eines Lebensverlaufs mehrfach entwertet. Nichts bleibt wie es war, es gibt einen Verdrängungsreigen. Wir leben also in einer *Umbruchgesellschaft*, in einer *Umbruchzeit*, in der das Bekannte und Vertraute fortwährend erodiert. Das bedeutet, dass Diskontinuität – das Immer-wieder-Anders, Immerwieder-Neu – zu einer essenziellen sozialen Erfahrung wird.



Westliche Gesellschaften gelten als besonders wandlungsfähig. Von ihnen wird gesagt, sie besäßen interne Vorkehrungen zur Dynamisierung und zur Adaption an veränderte Bedingungen. Das galt zuallererst für die Demokratie und die marktwirtschaftliche Ordnung, die sich sehr flexibel auf unterschiedliche Interessenlagen, aufkeimende Konflikte und die wechselnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen einstellen können. Kein anderes Modell, so galt es zumindest lange nach den Maßgaben der Modernisierungs-

theorie, besitze so genannte „evolutionäre Universalien“ (Talcott Parsons), also die institutionelle Ausstattung, um Neuerungen hervorzubringen oder sich anzupassen. Doch was sind die konkreten Anpassungsvorteile liberaler, westlicher Gesellschaften? Zunächst kann gelten, dass durch die Differenzierung in verschiedene gesellschaftliche Bereiche oder Subsysteme – Politik, Recht, Wirtschaft etc. – ein besserer Grad an Spezialisierung erreicht werden kann und die einzelnen Teilbereiche mit ihren ausgebildeten Operationslogiken jeweils eine eigene Leistungsfähigkeit ausbilden. Während zentral gesteuerte, hierarchische, autoritäre oder planwirtschaftliche Ökonomien versagen, wenn sich ihre Umwelten verändern, sollte das für Marktwirtschaften nicht gelten. In ihnen ist Dynamik konstitutiv, weil sich Marktsignale permanent verändern. Auch können technische Innovationen leichter eingeführt werden, wenn es keine Vorgaben oder Beschränkungen gibt. Zudem lassen Demokratien – anders als religiöse oder ideologisierte politische Systeme – einen Wandel gesellschaftlicher Werte zu, beispielsweise die Steigerung von Selbstentfaltung und Autonomie. Schließlich sind demokratische Partizipationsformen geeignet, den Störwert von gesellschaftlichem Dissens zu minimieren und strukturell bedingte Interessenkonflikte institutionell zu bearbeiten. Auf der Seite der Menschen versprach man sich von einer umfassenden Bildung und einer gesellschaftlich wachsenden Rolle von Wissen und Information eine „kogni-

nitive Mobilisierung“ breiter Bevölkerungsschichten, was sie mündiger, entscheidungsfähiger und kompetenter im Umgang mit Komplexität und Ambiguität machen sollte. Die Bildungsexpansion galt sogar als Antidot autoritärer Verführungen und Garant für die Wertschätzung von Freiheitsrechten. Je gebildeter eine Bevölkerung, desto größer die Nachfrage nach Demokratie und Meinungsfreiheit. Vor diesem Gesamtbild war die Erwartung, dass ideologisch starre und kaum ausdifferenzierte Gesellschaften am Wandel zerbrechen, während liberale Gesellschaften sich immer wieder neu dynamisieren. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ war ja Michail Gorbatschows berühmte Aussage, mit der er sich an die halstarrige und veränderungsresistente DDR-Partei- und Staatsführung richtete.

Abnehmende Strahlkraft

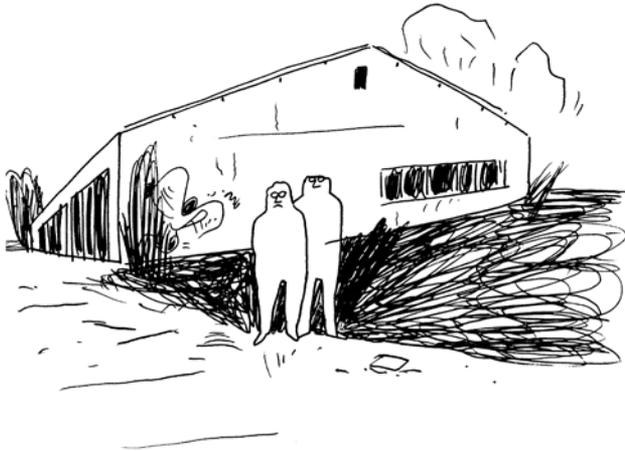
Ich habe nun einige Gründe dafür geliefert, warum es einen lange währenden Grundoptimismus im Hinblick auf die institutionelle Stärke und Wandlungsfähigkeit des liberal-westlichen Gesellschaftsmodells gab. Dieser in der Nachkriegszeit entstandene und nach 1989 mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus noch einmal beflügelte *Optimismus*, der durch das Versprechen auf Wohlstand und Wachstum flankiert wurde, hat aber nunmehr Risse bekommen. Das einstmals überbordende Selbstbewusstsein ist heute angekratzt,

manche verfallen sogar in Schwarzmalerei angesichts sich auftürmender Probleme und Polykrisen. Man kann eine ganze Liste von so genannten „broken promises“, also nicht eingelösten Versprechen aufmachen, welche die gegenwärtige Schwäche des liberalen Modells begründen. Geringe politische Teilhabe und Erfahrungen schwacher politischer Selbstwirksamkeit, exzessiv wachsende Ungleichheit, Blockaden des gesellschaftlichen Aufstiegs, die Bedrohungen durch den Klimawandel, schwindende Handlungsfähigkeit des Staates, sich verdüsternde ökonomische Aussichten, exzessiver Individualismus oder der Aufstieg des Populismus setzen die liberalen Demokratien unter Druck. In den USA ist es trotz formal funktionsfähiger politischer Institutionen zu Tendenzen der Oligarchisierung und der Herausbildung eines autoritären Politikstils gekommen. Das ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass eine nachhaltige Beschädigung demokratischer Errungenschaften droht.

„Der Westen“ – wenn man diesen Sammelbegriff einmal nutzen will – ist in seinen institutionellen Beständen nicht mehr ultrarobust und verliert auch global an Strahlkraft. Es ist nicht ausgemacht, dass er noch viele Nachahmer findet oder sich als unumstrittenes Vorbild für andere dauerhaft positionieren kann. Die neuen Mittelschichten Chinas streben nicht notwendigerweise nach Demokratie, gerade weil das Einparteiensystem sie zu ökonomischen Gewinnern gemacht hat. Wer sich als Nutznießer sieht, bleibt eher bei der

GRUND OPTIMISMUS





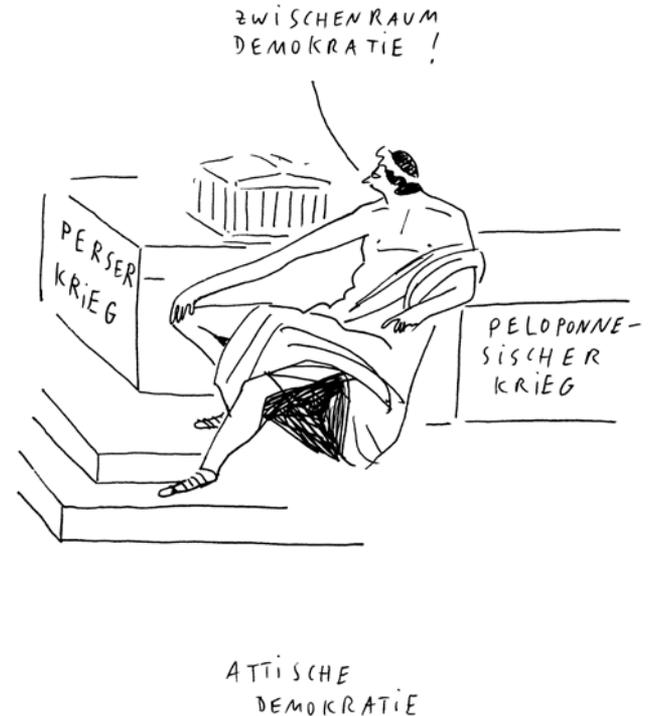
BROKEN PROMISES

Stange. Für viele Menschen im globalen Süden ist das autoritäre Regime Singapurs inzwischen attraktiver als jenes der Länder Westeuropas, selbst Putins Russland findet bei vielen Anklang und Regierungen, die ihm zur Seite stehen. Sie sind sogar bereit, Einschränkungen politischer Freiheiten für Ordnung und Stabilität oder auch wirtschaftliches Wachstum in Kauf zu nehmen. Es gibt auch innerhalb der westlichen Gesellschaften größere Gruppen, die sich gegen das liberale Gesellschaftsmodell stellen, es sogar bekämpfen. Auch ökonomisch hoch entwickelte Länder wie die USA, Frankreich, die Niederlande oder Finnland wurden vom Virus des Autoritären befallen. Auch die Wahlergebnisse der AfD deutschlandweit, aber insbesondere auch in Sachsen oder Thüringen, deuten darauf hin, dass die Anfechtungen der liberalen Ordnung zunehmen.

Andreas Vosskuhle, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat in einem bemerkenswerten Interview im Tagesspiegel gesagt: „Es kann durchaus sein, dass sich unsere westliche Demokratie nur als eine kurze Phase in der Geschichte der Menschheit erweist, ähnlich wie die attische Demokratie, und danach wieder die dunkle Zeit des Totalitarismus zurückkehrt.“¹ Hier schimmert jedenfalls kein Ewigkeitsglauben mehr durch, auch wenn der ausgestellte Pessimismus vor allem als Handlungsaufforderung zur Sicherung der demokratischen Institutionen verstanden werden muss.

Jenseits der normativen Attraktivität wachsen die Zweifel, ob die institutionellen Arrangements der liberalen Ordnung tatsächlich eine große Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit besitzen. Wir sehen viele strukturelle Blockaden, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik geht verloren. Selbst relativ simple Leistungserwartungen der Bürgerinnen und Bürger an ihren Staat werden nicht erfüllt, öffentliche Verwaltungen sind übermäßig regelorientiert und desinteressiert, Politik zeigt sich als entscheidungs- und umsetzungsschwach – vieles dauert viel zu lange. Das Durchsetzen von Entscheidungen fällt schwer, gute Absichten bleiben im Dickicht komplizierter Entscheidungswege stecken, einmal eingerichtete institutionelle Arrangements erweisen sich als unverrückbar. Im politischen Kontext gibt es viele Trägheitsmomente, die Wandel bremsen. Die Politik erweist sich in vielerlei Hinsicht als ohnmächtig, auf die Herausforderungen der Gegenwart angemessen zu reagieren. Sie sitzt in der Falle, oft übersteigt der Entschlossenheitsgestus die tatsächlichen Möglichkeiten, die Probleme schnell und angemessen zu lösen.

Wandel, vor allem transformativer Wandel, ist konfliktär und kann erhebliche gesellschaftliche Widerstände hervorrufen. Während in autoritären Regimen durchregiert werden kann und schnelle und einschneidende Maßnahmen möglich sind, sind Demokratien entscheidungsträge, weil es eine Rückbindung an Mehrheiten, verabredete Verfahren und rechtliche

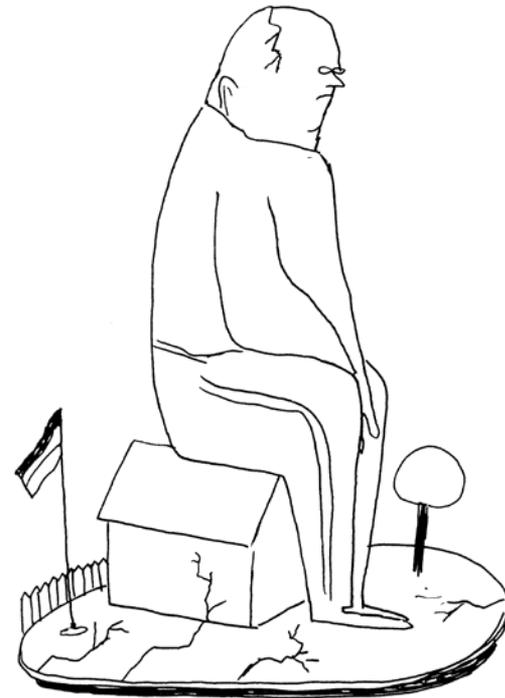


Normen gibt. Demokratie heißt, sich um politische Mehrheiten zu bemühen, gesellschaftlichen Konsens herzustellen und soziale Akzeptanz zu schaffen. Eine Politik, die dauerhaft „am Volk vorbei“ regiert oder das Recht ignoriert, ist in Demokratien kaum vorstellbar. Dieser Legitimationsvorteil wird schnell zum Entwicklungsnachteil, weil politikinduzierter Wandel auf gesellschaftliche Gegenwehr treffen kann. Statt zu einer Dynamisierung kann es zu einer demokratischen Selbstfesselung und Unbeweglichkeit kommen, die wiederum das Vertrauen in die Politik untergräbt. Nichts geht mehr voran!

Sozialer Wandel und Veränderungsmüdigkeit

Nunmehr befinden wir uns in einer historischen Phase, in der es aus der Sicht der Bevölkerung womöglich zu viel Wandel gibt, zugleich stellen sich für die Politik enorme Transformationsaufgaben, die der Gesellschaft noch weiteren Wandel zumuten. Es ist also nicht nur der Lauf der Zeit, dem man sich mehr oder weniger schicksalsergeben unterwerfen muss. Wandel wird auch durch die Politik angestoßen, geplant und in Maßnahmen gegossen. Manche sprechen von der „großen Transformation“, die die Umstellung von fossilen auf regenerative Energiequellen nötig macht, vergleichbar etwa mit der industriellen Revolution vor 150 Jahren. Hier passiert Wandel nicht nebenbei oder gar naturwüchsig, sondern politisch induziert.

SOLIDARITÄT IST
AN STABILITÄT GEKNÜPFT.

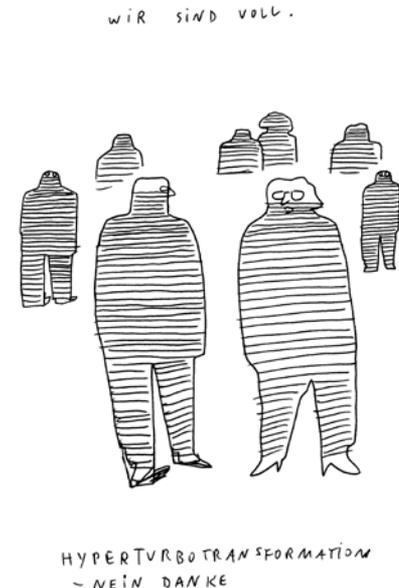


Meine These ist, dass durch den beschleunigten Wandel und die Grunderfahrung der fortwährenden Veränderung vieler lebensweltlicher Koordinaten die Neigung wächst, sich dem Wandel zu verweigern. Vor allem politikinduzierter Wandel wird vor dem Hintergrund einer verallgemeinerten Beschleunigungserfahrung in Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen oder sogar abgelehnt.

Sozialer Wandel setzt Gesellschaften unter Stress. Warum? Weil mit dem sozialen Wandel gesellschaftliche Regulationsweisen aufgebrochen, eingespielte Routinen irritiert, Besitzstände herausgefordert und politische Bewusstseinsformen verändert werden. Durch sozialen Wandel kommt etwas in Bewegung, entweder als stetiger Prozess, aber allzu oft auch als Wegrutschen oder Wegbrechen bisheriger Gewissheiten und Gewohnheiten. Anders als stationäre, stabile Gesellschaften, die durch ein hohes Maß an Kontinuität und Beständigkeit gekennzeichnet sind, sind Wandlungsgesellschaften: Gesellschaften der Diskontinuität. Was ist, gerät unter Druck, Neues oder Anderes setzt sich durch. Das Gegenwärtige wird abgeräumt, verflüssigt oder überlagert, bleibt nicht so, wie es war und woran man sich gewöhnt hatte.

Man kann unter diesen Bedingungen zumindest für größere Teilgruppen der Gesellschaft von einer Veränderungsmüdigkeit oder Veränderungserschöpfung ausgehen. Es existiert ja ein nennenswerter Anteil von Menschen – in unseren Untersuchungen etwa 39 Prozent – der sagt „Deutschland verändert sich so

stark, dass ich das Gefühl habe, das ist bald nicht mehr mein Land.“ Die Aussage „In unserer Gesellschaft ändert sich so viel; es ist schwer, den Anschluss zu behalten“, bejahen über ein Viertel der Gesellschaft, über 30 Prozent beklagen eine Erschöpfung, nur 25 Prozent sagen hingegen, sie seien froh in einer dynamischen Gesellschaft zu leben. „Ich komme da nicht mehr mit“, „Wo soll das alles hinführen“ oder „Das geht mir viel zu schnell“ sind typische Ausdrucksweisen für diese Gefühlslage. Das Erleben sozialer Veränderung ist dann kein aktiv gestaltendes mehr, sondern ein passiv



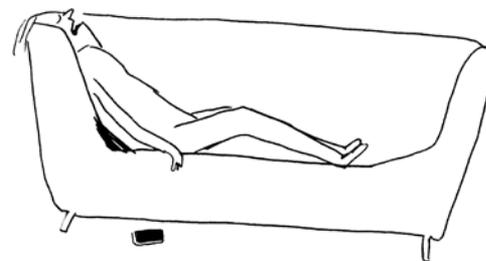


erleidendes, das mit Stress, Angespanntheit und Hilflosigkeit verbunden ist: Man fühlt sich von gesellschaftlichem Wandel verohnmächtigt. Sozial stellt sich sogar das Gefühl der Beschleunigungseskalation ein, und viele wünschen sich nichts sehnlicher, als dass jemand die Pausetaste drückt, damit sie wieder zur Ruhe kommen. Die sozialen Motive der Abwehraltung gegen Veränderung haben zudem etwas mit den Unwägbarkeiten und krisenhaften Erfahrungen zu tun, denen viele unterworfen sind: Unsichere und schwer kalkulierbare Zukunftserwartungen und das Risiko, soziale und biografische Halterungen zu verlieren, führen zum Festhalten an der Gegenwart.

Ostdeutschland ist hier ein besonders anschaulicher Fall, weil diese Teilgesellschaft enorme Transformationsturbulenzen in den 1990er und Nuller Jahren durchlaufen hat. Der historische Wandel, der sich nach Jahren der Stagnation in der späten DDR, dann zwischen Erzgebirge und der Insel Rügen in den letzten 35 Jahren vollzogen hat, ist in der Tat gewaltig. Es war ein kompletter Systemwechsel von Diktatur zu Demokratie, von Plan- zur Marktwirtschaft, ein umfassender transformativer Wandel. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die fundamentale Veränderung fast aller politisch-ideologischer, ökonomischer und sozialer Koordinaten hat den Menschen enorme Anpassungsanstrengungen abverlangt. Die ostdeutsche Gesellschaft ist in dieser Zeit durch zahlreiche wirtschaftliche, politische, psychosoziale und biografische

Anpassungs- und Veränderungskrisen gegangen, und noch heute hat sie an deren Folgen zu tragen. Manche haben deshalb die Ostdeutschen als besonders transformationskompetent eingeschätzt, sogar als Avantgarde. Der Umgang mit Unvorhergesehenem, das Einfädeln in etwas Neues oder die Bewältigung ontologischer Unsicherheit seien biografisch eingeübt. Allerdings übersieht eine solche Interpretation, dass die Erfahrungen des Umbruchs oftmals nicht nur mit gesteigerter Handlungs- und Umbruchkompetenz einhergehen, sondern mit einem Verlust an Selbststeuerung, und damit auch mit ebenjenen Gefühlen der Ohnmacht. Nachdem es viel Kraft und eine größere biografische Strecke gebraucht hat, um wieder einigermaßen an Sicherheit zu gewinnen und sich einen bescheidenen Wohlstand aufzubauen, ist die Bereitschaft, noch einmal in einen Transformationsprozess einzusteigen, sehr begrenzt. Das Festhalten, Bewahren und Verteidigen ist ein wichtiges Grundmotiv im Handeln und Denken vieler Ostdeutscher geworden. Viele sind risikoavers geworden, schauen skeptisch auf Veränderung.

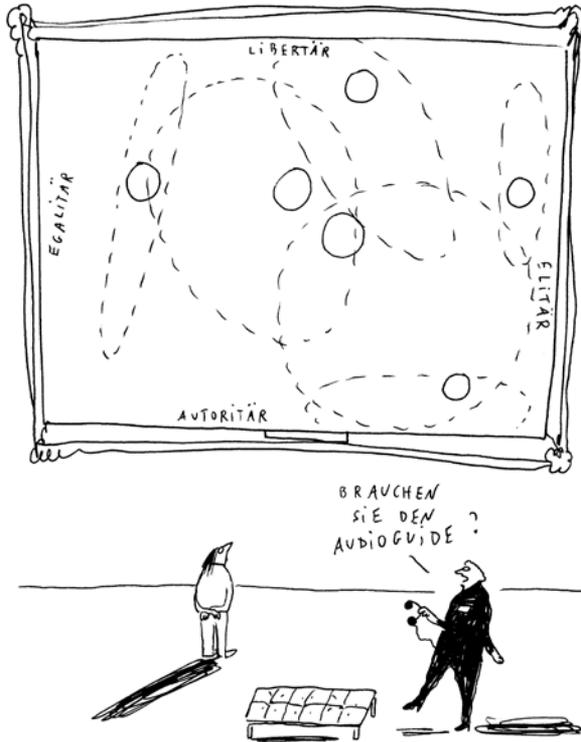
Man kommt dem gesellschaftlichen Umgang mit sozialem Wandel besser auf die Schliche, wenn man davon ausgeht, dass in jeder Gesellschaft eine Vielzahl von unterschiedlichen *Geschwindigkeitsbefähigungen* existieren und diese mit gesellschaftlichen Gruppen oder Bevölkerungssegmenten in Verbindung stehen, woraus nun eine spezifische Konfliktlogik resultiert.



VERÄNDERUNGSMÜDIGKEIT.

Pointiert formuliert: Es gibt die Langsamen und die Schnellen, die Flexiblen und die Starren, die Veränderungsbereiten und die Kontinuitätsbedürftigen, die auf je eigene Weise mit sozialem Wandel umgehen und auf je eigene Weise auf politische Entscheidungen reagieren, mit dem dieser Wandel vollzogen, initiiert oder durchgesetzt wird. Viele gesellschaftliche Konflikte, so scheint es mir, entfesseln sich entlang solcher Ungleichzeitigkeiten. Eng damit verbunden ist die Frage, inwieweit man in diesem Wandlungsprozess eine aktive oder passive Rolle einnimmt: *Sich zu verändern oder verändert zu werden sind zwei sehr unterschiedliche Erfahrungen.*

Die Politik reagiert unmittelbar auf diese Zeitlichkeitsverhältnisse, indem sie sich auf unterschiedliche Gruppen bezieht oder jeweils andere „Mentalitäten



des Wandels“ anspricht und politisiert. Ich möchte im Folgenden vier *politische Umgangsweisen mit Veränderungsdynamiken* unterscheiden, eine *progressive*, eine *konservative*, eine *rechtspopulistische* und eine *libertäre*. Alle lassen sich aufgrund ihrer spezifischen Bezüge zum sozialen Wandel betrachten und repräsentieren zusammen gewissermaßen das Konflikttableau der westlichen Gesellschaften der Gegenwart. Jenseits aller konkreten programmatischen Inhalte und ideologischen Strömungen lassen sie sich als spezifische politische Antworten auf die Frage des sozialen Wandels begreifen. Sie sitzen in jeweils besonderer Weise auf der Politisierung von Veränderungserfahrungen auf.

Progressive Politik als Bejahung von Veränderung

Die Progressiven haben folgende Botschaft: *Du musst Dich verändern, um Dich an eine sich verändernde Welt anzupassen.* Ob auf Märkten, beim Klimaschutz oder bei der Migrationsfrage. Immer werden die Menschen mit der Aufforderung konfrontiert, sich dafür bereit zu machen, dass nichts oder nur wenig so bleiben kann wie es ist oder war. Beim progressiven Aufbruch in eine andere, bessere Gesellschaft geht es darum, Wandel herbeizuführen und zu gestalten. Progressive Politik ist daher die Politik der *Veränderungspioniere*, also jener, die vorandrängen und einen weitreichenden Umbau gesellschaftlicher Verhältnisse für notwendig

erachten. Hier wird die Gesellschaft angetrieben, motiviert oder überredet, um Veränderungsschritten zuzustimmen und irgendwie mitzumachen. Der Imaginationsraum progressiver Politik umschließt das Bild einer besseren Zukunft, verspricht Verbesserung durch politische Entscheidungen.

Ob die Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, die Liberalen in der ersten oder die Sozialdemokraten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – immer waren es große Denkströmungen, die Menschen mobilisieren und binden konnten. Gesellschaftliche und politische Loyalitäten erwachsen daraus, dass Zukunftsbilder entworfen wurden. Das ist übrigens bei der kommunistischen Ideologie nicht viel anders. Auch die DDR zehrte lange davon, dass sie versprach, das bessere, weil antifaschistische Deutschland zu sein, das den Menschen eine bessere (sozialistische) Zukunft bahnte. Diese mobilisierende Kraft von Ideologien und Glaubenssystemen war über lange Zeit in der Lage, Gesellschaften eine wenigstens vorgestellte Richtung zu geben und sie kognitiv und motivational zu leiten.

Lange Zeit konnte Reformpolitik in Demokratien darauf bauen, dass größeren Teile der Gesellschaft den Aufbruch in eine bessere – sozialere, menschenfreundlichere, klimagerechte etc. – Zukunft mittragen wollten. Als Push-Faktor wirkten Verkrustungen und Ungerechtigkeiten der Gegenwart, als Pull-Faktor die Hoffnung auf Besserung. Der Fluchtpunkt Zukunft war die motivationale Unterfütterung, um Wandel in

der Gegenwart nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar zu umarmen und gutzuheißen, weil er insgesamt eben Verbesserung versprach. Diese Fähigkeit zum optimistischen Aufbruchdenken in die Zukunft hat aber massiv an gesellschaftlicher Überzeugungskraft eingebüßt, selbst linke Politik ist zu „Risikopolitik“ – so nennt es mein Kollege Andreas Reckwitz – als einer „Politik des Negativen“ geworden, bei der es weniger um die Besserung in der Zukunft, sondern zuvorderst um die Abwehr nachteiliger Entwicklungen und die Kompensation der Verlierer geht. Der einstmalen utopischen Gehalt ist dahingeschmolzen, eine Krisen- und Katastrophenstimmung hat sich breit gemacht, und die Absicht, den Wandel wenigstens so zu gestalten, dass das Schlimmste verhindert werden kann, ist nach vorn gerückt.

Aus der Sicht einer progressiven Politik, die gesellschaftlichen Wandel durchsetzen will, kann die Beharrungskraft einer Gesellschaft ein Grund zum Verzweifeln sein. Man möchte eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse herbeiführen und doch bleibt alles bei Alten. Es ist aus klimapolitischen Gründen zwingend notwendig, dass nicht nur die Industrie, sondern auch die privaten Haushalte ihre energetische Bilanz verändern und doch gibt es eine gesellschaftsweite Gegenwehr. Politikinduzierten Wandel herbeizuführen scheint schwer, wenn es keine allgemeine Aufbruchstimmung oder eine grundlegende Veränderungsbereitschaft in der Gesellschaft gibt. Dennoch gibt



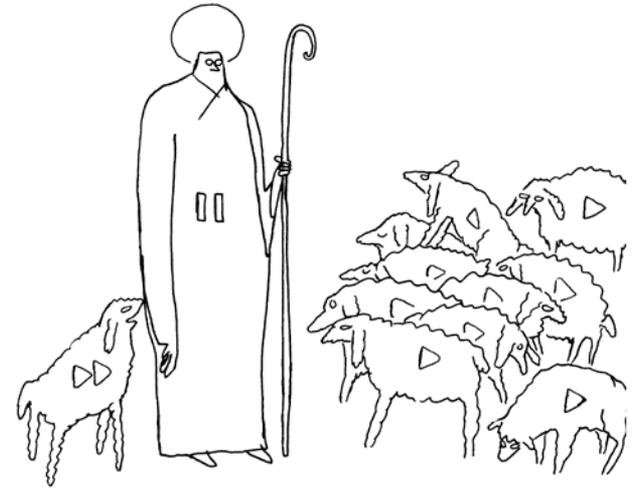
es diese Veränderungen ja, zum Teil sind sie sogar weitreichend. Aber wie kommen diese zustande? Die Progressiven bauen dabei beispielsweise auf Aufklärung und Wissen. Dreh- und Angelpunkt ist der aufgeklärte Bürger, der sich von guten Argumenten überzeugen lässt, die eigene Lebensweise umzustellen oder alte Gewohnheiten fallenzulassen. Oder man versucht, die gesellschaftliche Trägheit durch veränderte Rahmenbedingungen zu überwinden. Menschen sollen ihr Verhalten durch Anreize möglichst schwellenarm verändern. Ein dritter Ansatz stützt sich auf Mobilisierung durch Außerordentlichkeit. Hier geht es um heroische Politik, die mit drastischen Apellen versucht, Mitmachbereitschaften herzustellen und Leidenschaften zu wecken. Dann ließe sich noch die listige Politik als vierte Variante erwähnen. Hier bemüht sich die Politik darum zu verhindern, dass ihr bestimmte, als negativ empfundene Entscheidungsfolgen zugerechnet werden. Sozialer Unmut soll ins Leere laufen, Menschen sich an Veränderungen gewöhnen.

Konservative Politik der Verlangsamung und Kontinuitätsbewahrung

Die konservative Sicht auf gesellschaftlichen Wandel ist die der Einhegung, Zähmung und der Verlangsamung, um dem Wandel die Wucht zu nehmen: Das Verhältnis von *schnellem Wandel* und *langsamen Individuen* soll politisch moderiert werden, wobei sich die

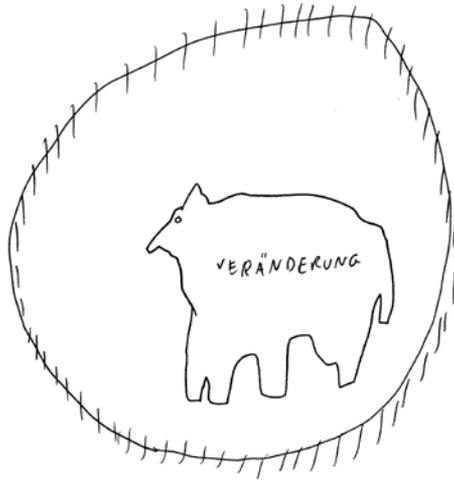
Politik als Anwalt der langsamen Individuen sieht. Die Botschaft der Konservativen lautet: *Zwar ändert sich die Welt, aber es muss auch einen angemessenen Platz für Deine Lebensweise und Kontinuitätsbedürfnisse geben.* Das konservative Angebot – so sieht es etwa Armin Nassehi – ist also bewahrend und bremsend, es wird von einer Grundskepsis gegenüber allzu drastischen Veränderungen und der Befürchtung, es kämen Tradierungen und Gewohnheiten unter die Räder, geprägt. Je schneller die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, desto größer möglicherweise auch die Sehnsucht nach einer Verschnaufpause. Konservativ zu sein, heißt die „gewachsene“ und hergebrachte Ordnung zu bejahen. Wer am Vergangenen oder Vertrauten festhalten will, soll sich nicht bedrängt oder provoziert fühlen. In den konservativen Milieus ist man entsprechend von Veränderungszumutungen und Transformationserfordernissen aufgeschreckt, fordert „Maß und Mitte“ ein. „Nichts übers Knie brechen“ ist eine Kernformel der konservativen Denkungsart.

Zugleich ist das konservative Kontinuitätsversprechen auch immer prekär, weil sich die Geschäftsgrundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend ändern. Entsprechend gibt es einschlägige Beispiele auch für konservative Modernisierungsprojekte. Manchmal wird von einer „defensiven Modernisierung“ gesprochen, womit gemeint ist, dass, um den Fortbestand einer Ordnung zu sichern, auch Konservative Reformen angestoßen haben. In vielen histori-



... DASS JEMAND MAL DIE PAUSETASTE
DRÜCKT !

DAS KONSERVATIVE ANGEBOT.

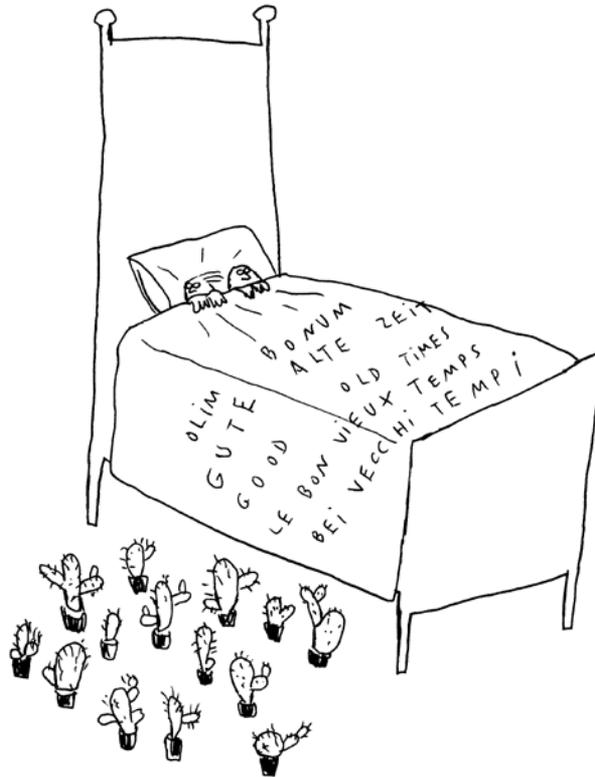


EINHEGEN!

schen Situationen reicht Besitzstandswahrung nicht, ohne Erneuerung verschwindet auch das Tradierte und Gegenwärtige. Ob preußische Staatsreform, die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung oder die kulturelle Modernisierung der CDU, immer gab es auch Wegmarken, an der konservative Kräfte gesellschaftliche Reformschübe ausgelöst haben. Dabei wurde entweder versucht, veränderten Anforderungen an Staat und Gesellschaft gerecht zu werden, um beispielsweise

nicht an Leistungs-, Konkurrenz- und Wehrfähigkeit einzubüßen oder es wurde politisch nachvollzogen, was gesellschaftlich schon längst überwiegend akzeptiert wurde, etwa die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Ein aufgeklärter Konservatismus lehnt nicht von vornherein jedweden Wandel ab oder denunziert ihn, sondern versucht, ihn zu gestalten und abzupuffern. Verpasste und verschleppte Reformen können sich zu großen Problemen aufstapeln – getreu dem berühmten Spruch aus Guiseppe di Tomasi Lampedusas Roman „Der Leopard“: „Alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.“ Oder mit dem Liedermacher Wolf Biermann gesprochen: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“.

Auf der anderen Seite gibt es einen Graubereich im Übergang von konservativ zu reaktionär oder autoritär, wenn entweder Modernisierungs- oder Liberalisierungsgewinne grundsätzlich in Frage gestellt werden oder wenn Recht und Ordnung auf Kosten von Freiheitsrechten und Liberalisierung durchgesetzt werden. In beiden Fällen nimmt das Anti-Momentum überhand und es dominiert der Versuch, der gesellschaftlichen Entwicklung politisch Haltelinien aufzuzwingen. Ein „radikalierter Konservatismus“ (Natascha Strobl), geht noch darüber hinaus und nutzt Ressentiments und die Rhetorik des Kulturkampfes, um die kulturelle Liberalisierung ganz fundamental in Frage zu stellen. Nicht untypisch ist der Gestus der Revolte gegen Bevormundung oder Minderheiten-, Geschlechter- und Identitäts-



politiken; als Feindbilder fungieren Sozialfiguren, die als Chiffre für gesellschaftliche Veränderung erhalten können: Migrantinnen, Transpersonen, Klimaaktivisten oder Veganer. Das ist dann nicht mehr der eingehende Konservatismus, sondern einer, der den Wandel zum Feind erklärt.

Rechter Populismus als Regression

Die Populisten verbreiten eine Botschaft, die genau gegenteilig zu der der Progressiven liegt und die der Konservativen übersteigert: *Nicht Du musst Dich verändern, sondern die Politik muss Deiner eigenen Lebensweise allgemeine Geltung verschaffen.* Das kann man als nostalgisches und sich aller Gegenwartsprobleme entgegenstellenden Kontinuitäts- und Tradierungsversprechen interpretieren. Es gibt eine *Status quo ante-Fixierung*, dem Rad des sozialen Wandels wird in die Speichen gegriffen. Alles soll so bleiben wie es ist, oder noch besser: Wie es einmal war. Interessanterweise hat der bayrische Ministerpräsident Markus Söder² ja unmittelbar nach der Wahl auf einer Pressekonferenz eine Rückkehr zu einem „alten Deutschland“ als einem „Deutschland der Normalität, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der einfachen Leute“ gefordert und sich damit genau diesem Impuls hingegen.

Es gibt aber auch einen rechten Populismus, der an den angesprochenen „radikalisierten Konservatismus“ anschließt. Er kann gewissermaßen als antipluralisti-

sche und elitenkritische Übersteigerung des konservativen Bezugsproblems verstanden werden. Kernelement ist hier die Imagination und Verabsolutierung eines einheitlichen Volkswillens, der zum Maßstab der Politik werden soll. Hier geht es nicht um behutsame Entwicklungsschritte und Rücksichtnahme auf Tradierungen, sondern – viel weitergehend – um eine regressive und fundamental ablehnende Interpretation von sich ändernden Weltverhältnissen.

Die Ablehnung kultureller Modernisierungsprozesse, die Abwehr von Diversität, das Eintreten für Grenzschließungen und Migrationsabwehr, völkische Ideologie und Anti-Globalismus sind die inhaltlichen Angebote der politischen Akteure, die sich gegen gesellschaftliche Wandlungsprozesse stemmen. Migration wird als Bedrohung und Problem verstanden. Das kann sich bis zum aggressiven Wunsch nach Ausgrenzung und Abgrenzung steigern. Im Hinblick auf die Durchsetzung von Kontrolle und Sicherheit und die Wiederherstellung von Übersichtlichkeit und Homogenität knüpfen die Populisten an ein gesellschaftlich weit verbreitetes „Einstweh“ (Botho Strauß) an und radikalisieren dieses. Ziel ist nicht die Verlangsamung dieser Veränderung, sondern ihre *Rückabwicklung*, was zuweilen als Regression gedeutet wird. In der populistischen Denkungsart wird die Ablehnung von Veränderungszumutungen mit einem klaren Feindbild und mit der Suche von Schuldigen für zugemutete Veränderungen angereichert. Das können wahlweise



die Migrantinnen und Migranten, das links-grüne Milieu, die „Lügenpresse“ oder die „woken“ Eliten sein, die man zu bekämpfen habe. Dieser regressive Populismus wird zuweilen als zurückschlagendes Pendel oder ein „Anti-68“ verstanden, also als Zeitgeist, der in Prozessen der kulturellen Liberalisierung eine klare Gegnerschaft erkennt.

Libertäre Disruption: Fluchtpunkt radikaler Bruch

Inzwischen lässt sich auf der politischen Bühne aber noch ein viertes Phänomen beobachten, das auf den ersten Blick überrascht. Es geht um das politische Angebot des *Rechts-Libertarismus*, welches sich um den Begriff der *Disruption* herum entfaltet hat und das weder bewahrend und nostalgisch, noch reformerisch und progressiv daherkommt, sondern darauf aus ist, einen grundlegenden Bruch mit dem Bisherigen herbeizuführen. Der Begriff der Disruption zielt auf eine radikale Umwälzung oder Veränderung der bisherigen Ordnung, in der Übersetzung aus dem Englischen gibt es sogar Verbindungen zum Bedeutungsgehalt von Wörtern wie Unterbrechung, Erschütterung oder Störung. Es geht um radikalen Wandel, der keine Bremsen mehr kennt, egal wer oder was dabei unter die Räder kommt. Dabei kommt es nicht von ungefähr, dass entsprechende politische Konzepte in den Milieus superreicher Technologieunternehmer entstanden sind, die sich an der Vorstellung technologischer Revolutionen

und radikaler Marktinnovationen orientieren, also der von Joseph Schumpeter so bezeichneten „schöpferischen Zerstörung“ zur Durchsetzung neuer Produkte und Eroberung neuer Märkte. In diesem ökonomisch verstandenen Begriff der Disruption finden sich auch marktliberale und konservative Kräfte wieder, die sich um die ökonomische Dynamik sorgen. Angesichts eines schwächelnden Wachstums und eingetrübter Wirtschaftsaussichten erscheint die Idee entfesselter Märkte attraktiv.

Allerdings wird eine Denkfigur des Markts zunehmend auf die gesamte Gesellschaft übertragen und der Begriff der Freiheit zugleich verabsolutiert. In der Welt-sicht von Vordenkern wie Peter Thiel sind individuelle Freiheit und Demokratie nicht kompatibel, der Begriff „kapitalistische Demokratie“ wird sogar als Oxymoron angesehen.³ Libertäre sollten sich von jeder Form der politischen Beschränkung befreien. So, wie der Begriff jetzt in die öffentliche Kommunikation eingesickert ist, geht es um eine politisch herbeigeführte Unterbrechung des Normalbetriebs, ja um eine Anfechtung der liberalen Ordnung. Dafür stehen Trump, Musk und Milei (Letzterer verkündete beim Weltwirtschaftsforum in Davos das „Zerbröseln des woken Westens“) in besonderer Weise, aber das Liebäugeln mit der Disruption findet sich auch in Deutschland, so in Teilen der FDP, bei Publizisten wie Ulf Poschardt, innerhalb der zweiten Reihe der CDU, wo es durchaus Sympathien mit der Trump-Administration gibt, oder auch in den





SOZIALER WANDEL,
DER MENSCHEN ERSCHÖPFT
UND ZU FESTHALTE MENTALITÄTEN
FÜHRT.

marktliberalen Teilen der AfD, wie sie Alice Weidel verkörpert.

Das *Narrativ der Disruption* findet interessanterweise selbst in den Milieus Zuspruch, in denen Sicherheit und Stabilität hochgehalten werden und die man als veränderungsmüde charakterisieren kann. Sogar die Biederkeits- und Harmoniemilieus, die eigentlich nicht aufgestört werden möchten, und die auf die Schutzmacht der Politik angewiesen sind, lassen sich vom revolutionär-umstürzlerischen Gestus anstecken. Die soziale und politische Energie, auf die sich der neue Rechts-Libertarismus stützen kann, stammt damit von Bevölkerungsgruppen, deren Wertehaushalt nicht gerade von der Empfänglichkeit des Neuen und Unvorhergesehenen geprägt ist.

Wie passt das ins Bild? Ähnlich wie beim Rechtspopulismus gibt es auch hier eine Frontstellung gegen die etablierte Politik, liberale Werte und rechtlich-normative Bindungen; Parallelen gibt es auch in der starken Fokussierung auf Kulturkampfthemen und Fragen der Migration. Gesellschaftliche Übereinkünfte, welche die individuelle Freiheit begrenzen, werden als illegitim angesehen. Hinzu tritt ein politischer *Es-kapismus*, der auf eine imaginierte bessere Wirklichkeit ausgerichtet ist. Auch hier kann man wiederum das Veränderungsunbehagen gegenüber ablaufenden Entwicklungen und damit verbundenen Gefühlslagen ins Zentrum rücken. Hier sind es vor allem Gefühle wie Ressentiment, Wut und Unzufriedenheit, die dazu

führen, dass Disruption und die Flucht in eine andere Wirklichkeit als annehmbares politisches Angebot erscheinen. Unzufriedenheit mit einem Weiter-so kann sich zu einer Destruktionsbereitschaft steigern. Dann wären Veränderungserschöpfung und Disruptionslust keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Es gibt die Sehnsucht danach, sich unbequemer und herausfordernder Problemlagen und Entwicklungen mit einem Befreiungsschlag zu entledigen. Dinge sollen nicht mehr so weiterlaufen wie bisher – der Wunsch, aus den eingefahrenen Gleisen herauszuspringen, gewinnt Oberhand. Die Libertären sagen also den Menschen: *Jetzt ist der Zeitpunkt, um einen radikalen Bruch der bestehenden Ordnung herbeizuführen, um endlich zu einer besseren Welt zu kommen.* Disruption steht daher politisch für die Sehnsucht nach einem Neuanfang in einer verkorksten und komplizierter werdenden Welt. Alles erscheint nunmehr veränderbar – und zwar zum Positiven. Die libertären Ideologien des Silicon Valley gelten ja nicht von ungefähr als „solutionistisch“. Sie versprechen die Lösung der Menschheitsprobleme im umfassenden Sinne, und zwar durch Technologie und die Entfesselung von Märkten. Staatliche Institutionen, das wohltemperierte Austarieren von Interessen und demokratische Partizipation werden als hinderlich für die Verwirklichung dieses politischen Programms angesehen. Die Schutzmacht des Staates und die durch die Demokratie verbürgte kollektive Handlungsmacht geraten damit aufs Abstellgleis.

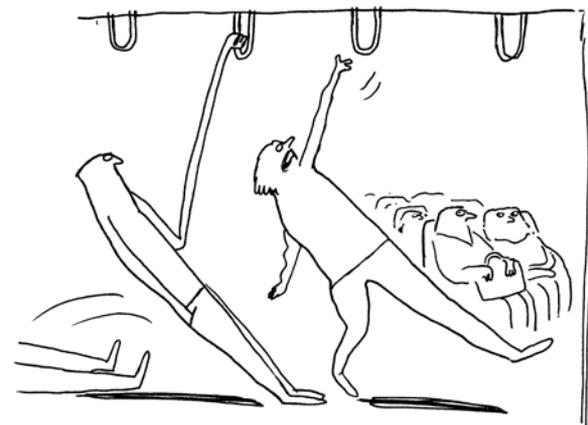
Mit dem Amtsantritt von Trump ist es zu einer bislang ungekannten Verschmelzung politischer, ökonomischer und medialer Macht gekommen, wodurch politische Freiheit und Autonomie eben nicht maximiert werden, sondern langfristig eingeschränkt zu werden drohen. Der Mehrheitswillen wird zunehmend medial und technologisch gelenkt und beeinflusst und entspricht allenfalls dem einer Illusion freier Willensbildung. Die ermöglichenden Institutionen wie Gewaltenteilung, ein breites Medienangebot oder Rechtsstaatlichkeit geraten zunehmend unter Druck oder werden mit der libertären Anbetung einer absoluten Freiheit mutwillig zerstört. Wir sehen am Beispiel Trump auch, dass es eine Bereitschaft vieler Menschen gibt, einem zynischen und mafiartig agierenden Präsidenten hinterherzulaufen. Nicht nur in einer Diktatur gibt es Mitläufertum und Opportunismus, sondern auch in einer Demokratie mit allen Freiheitsrechten, was dann eben nicht ausschließt, dass Demokratien ins Autoritäre kippen können.

Liberaler Demokratie im Transformationsstress

Die liberale Demokratie und das westliche Gesellschaftsmodell stehen vor großen Herausforderungen. Mit der zunehmenden gesellschaftlichen Beschleunigung und Dynamisierung wachsen die Fliehkräfte, die politische Gestaltung des Wandels und die Organisation von Mehrheiten für notwendige Reformen werden

prekär. Meine hier ausgeführte These ist, dass die krisenhaften Erscheinungen unter anderem auf den *Veränderungsstress* zurückzuführen sind, der zu Abwehr- oder Ausweichreaktionen in beachtlichen Teilen der Bevölkerung führt. Jedenfalls steckt in dieser Grundspannung zwischen Wandlungsdruck und prekären gesellschaftlichen Verarbeitungsweisen ein hohes politisches und soziales Konfliktpotenzial. Die Lage ist dabei unübersichtlich – die Vektoren der Veränderung weisen in unterschiedliche Richtungen: rasanter sozialer Wandel, der Menschen erschöpft und zu Festhaltementalitäten führt, Politik, die Veränderungszumutungen scheut, so dass sich der Reformstau verstärkt. Gleichzeitig wachsender Frust, weil sich Probleme aufstapeln und die Politik nicht zu Entscheidungen kommt. Zu viel und zu wenig Wandel kann gleichzeitig zu Verunsicherung und gesellschaftlicher Unzufriedenheit führen.

Progressive Parteien scheitern oft daran, dass ihnen die Breite der Gesellschaft nicht folgt, dass Trägerschichten oder -milieus des gesellschaftlichen Wandels zu klein und zu homogen sind. Insbesondere unter Bedingungen, unter denen sich viele gesellschaftliche Bestandsgrößen gleichzeitig und oft sehr fundamental ändern, trifft politikinduzierter Wandel auf große Widerstände. Wenn sich schon so vieles ändert, sollte die Politik nicht mit weiteren Veränderungszumutungen kommen. Es ist möglicherweise eine Schwäche der progressiven Denkungsart, dass sie gesellschaftli-



SO VIEL GESELLSCHAFTLICHEN
WANDEL WIE ZURZEIT
GAB ES NOCH NIE.

chen Wandel oft in Fortschritts- und Emanzipationsbegriffen – Aufklärung, Emanzipation, Demokratisierung – denkt, nicht in Begriffen der Ambiguität und ungleicher Erfahrungen des sozialen Wandels.

Die Parteien der Mitte hingegen haben oft nicht die Motivation, den Status Quo zu hinterfragen oder größere Veränderungen einzuleiten. Sie beschränken sich trotz eines enormen Handlungsdrucks oft auf ein

VIELES
DAUERT
VIEL ZU
LANGE.



weitgehend zumutungsarmes Weiter-so, ein Durchwursteln. Die Ära Merkel steht gewissermaßen für ein solches politisches Fahren auf Sicht. Zwar hat man sich an allerhand Krisen abgearbeitet, der *Adhocismus* der Politik hat aber dazu geführt, dass eine Orientierung an mittel- und langfristigen Notwendigkeiten ausblieb, wie wir jetzt schmerzhaft beispielsweise anhand der desolaten Infrastruktur in diesem Land erkennen müssen. Wenn eine träge Gesellschaft auf eine risikoscheue Politik trifft, dann bedeutet das, dass Reformen auf die lange Bank geschoben und verschleppt werden. Paaren sich veränderungsmüde Gesellschaften mit reformschwacher Politik, dann werden sie schnell zu Verdrängungsgesellschaften, die an den Herausforderungen der Gegenwart scheitern. Eine zumutungsarme oder sogar zumutungsfreie Politik raubt also die gesellschaftliche Zukunft und führt auch nicht zu einem politischen Bewusstsein, das sich mit den notwendigen Wandlungsschritten – bei aller Kontroversität im Einzelnen – auseinandersetzt.

Der populistische Nostalgismus hingegen preist den Weg in eine zumindest im Rückspiegel als übersichtlich und harmonisch empfundene gesellschaftliche Ordnung, der disruptive Libertarismus tritt aufs Gaspedal, ohne Rücksicht auf den Straßenverkehr. Erfolgreich ist ein solches Angebot auch deshalb, weil die Problemlösungs- und Leistungsfähigkeit der vorhandenen institutionellen Arrangements zunehmend kritisch beäugt wird. Aus schnellem und zumutungsreichem



Wandel kann sich eine Bewegung formieren, die nicht als konservative Beschleunigungsbremse oder populistischer Backlash auftritt, sondern viel grundsätzlicher als *libertärer Systemsprenger*. Wandlungsstress wird also mit der Radikalisierung der Wandlungs-idee bis hin zur Infragestellung des Systems insgesamt begegnet, wovon sich selbst bodenständige, traditionalistische Gruppen anstecken lassen.

Befinden wir uns nunmehr wieder in einer „Zeitenwende“, wenn ich diese politische Floskel einmal nutzen darf, die möglicherweise auch zu einer Rückabwicklung demokratischer Errungenschaften führt? Das ist nicht ausgeschlossen und dies zu realisieren ist sehr schmerzhaft. War es doch recht kommod, die liberale Ordnung samt Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit für den Maßstab zu halten, an dem sich nach und nach alle ausrichten würden.

Es ist aber eine Illusion, dass wir wieder zu einer wie auch immer gearteten Normalität zurückkehren könnten. Und es ist ein Fehler unseres gegenwärtigen Verständnisses, die Ereignisse vom Brexit bis zur zweiten Trump-Wahl oder der Stärke der FPÖ in Österreich als Rückschläge oder Regression zu interpretieren. Das wäre ein lineares und zunehmend von der Wirklichkeit in Frage gestelltes Geschichtsbild. Die Geschichte ist offen, wohin wir uns entwickeln ungewiss, die hergebrachten Fortschrittsbegriffe tragen immer weniger. Eine Rückkehr auf den alten Entwicklungspfad scheint derzeit nahezu ausgeschlossen, auch wenn man die

Resilienz von Demokratie und ziviler Kultur nicht geringerschätzen sollte. Ich übe mich daher hier nicht im Abgesang einer liberalen Ordnung, sondern darin, die Anfechtungen im Inneren und Äußeren ernst zu nehmen und genauer zu verstehen, worin die Herausforderung besteht. Die schon zitierte Grunderfahrung vieler Ostdeutscher, dass politische Ordnungen auch endlich sein können, sollte jedenfalls Teil unserer gesamtdeutschen politischen Bewusstseinsbildung werden. Das trifft ebenso für die Erkenntnis zu, dass erstarrte und sklerotische Verhältnisse irgendwann zerbrechen.

Ein solcher Realismus sollte helfen zu erkennen, dass Veränderung nützt, aber auch, dass es nicht die alten Rezepte sind, mit denen man Zuspruch erzeugen kann. Wer Politik erfolgreich gestalten will, muss ein Sensorium dafür entwickeln, dass auch die langsamen und veränderungsscheuen Gruppen der Gesellschaft Angebote bekommen. Tradierungen, Gewohnheiten und Sicherheitsbedürfnisse beiseitezuschieben oder gar zu denunzieren, ist jedenfalls kein kluger politischer Ansatz, mehrheitsfähig ist er schon gar nicht. Wenn Veränderung und Kontinuität gleichermaßen legitime gesellschaftliche Grundbedürfnisse sind, dann stellt sich unter Bedingungen des beschleunigten sozialen Wandels die Anforderung, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen befähigt werden, mit diesem Wandel umzugehen. Problemlösende Politik kann ja nicht darin aufgehen, den Menschen allumfassende Konti-



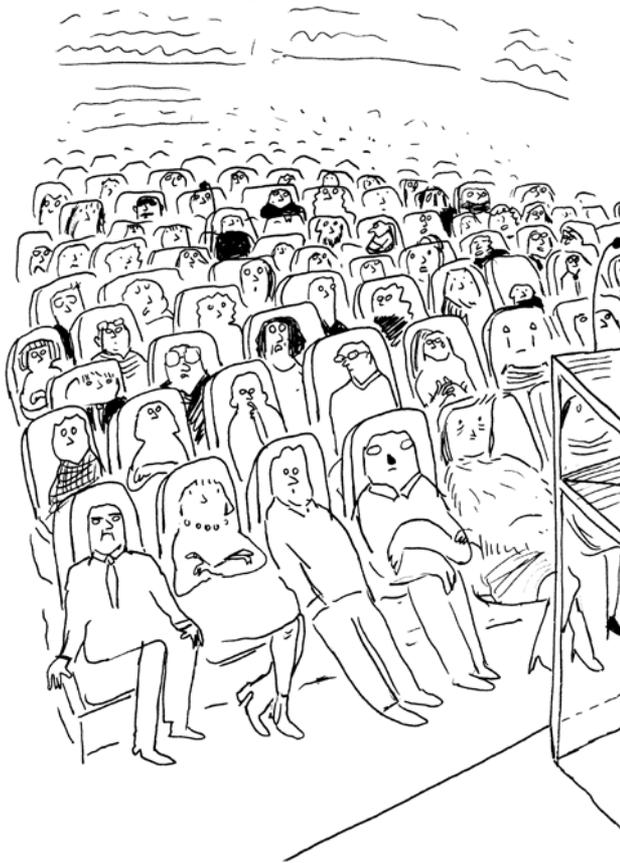
nuität zu versprechen und sie von allen notwendigen Veränderungen abzuschirmen. Damit wären Stagnation und ein Verspielen der Zukunft vorprogrammiert. Zu dieser Befähigung zum Wandel gehören kulturelle und ökonomische Ressourcen, dazu gehören Maßnahmen, die nicht „von oben“ oktroyiert werden, sondern an die lebensweltlichen Erfahrungen anknüpfen, dazu gehört eine Gerechtigkeitsidee über eine faire Kosten- und Lastenverteilung der Transformation. Nur dann kann es auch wieder Transformationszuversicht geben, kann das Neue eher als Versprechen denn als Bedrohung wahrgenommen werden.

Mit der industriellen Revolution, die in der Tiefe der Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durchaus mit der Gegenwart zu vergleichen ist, sind zahlreiche auch institutionelle Neuerfindungen wie die Arbeitsschutzgesetze und die Sozialversicherungen entstanden, die darauf angelegt waren, Risiken abzupuffern und zu kollektivieren. Ähnliche institutionelle Neuschöpfungen haben wir noch nicht: *Der Politik mangelt es bislang an programmatischer Phantasie und auch gestalterischer Kraft, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu formulieren.* Menschen brauchen nicht die Zusicherung, dass sich nichts ändert und alles so bleibt wie es ist, aber sie brauchen eine Vorstellung des Weges, auf den sie geschickt werden oder den sie selbst gestalten sollen. Damit ist die Politik, aber auch die Gesellschaft gefragt, offener und möglicherweise kontroverser über Zukunftsentwürfe zu debattieren,

darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Der letzte Wahlkampf lebte ja eher von einem Abarbeiten aneinander denn von einem sich öffnenden Zukunftshorizont. Erst wenn wir einen Begriff von Zukunft haben, kann auch die Zuversicht wachsen.

Dabei geht es nicht nur um heroische Politik, die Aufbruch und Zuversicht verströmt, sondern zugleich um eine, die ihre Leistungsfähigkeit steigert, kompetent entscheidet und dadurch Zustimmung erzeugt. Politik, die selbst dem Lauf der Dinge ohnmächtig zuschaut, erzeugt auch beim Publikum und Wahlvolk Gefühle der Verohnmächtigung. Zugleich sind auch die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Sie sind in einer Demokratie ja nicht nur Politiknehmer, sondern in einer aktiven, gesellschaftsgestaltenden Rolle. Diese anzunehmen und auszufüllen scheint mir unter den Bedingungen beschleunigten Wandels mindestens ebenso wichtig wie das Handeln der Politik selbst. Noch haben wir keinen guten gesellschaftlichen Modus gefunden, um mit großen Veränderungen umzugehen und diese gleichzeitig voranzubringen. Sich darum zu bemühen erscheint mir aber zwingend, wenn es darum geht, die Zukunft des liberalen Gesellschaftsmodells zu sichern. Gesellschaften können viele Veränderungen meistern, Menschen sind je individuell für sich zu einschneidenden Umstellungen fähig. Es braucht aber auch eine Politik, die Wandel nicht nur geschehen lässt, sondern die Gelingensbedingungen großer Transformationen aktiv gestaltet.

ZUGLEICH SIND AUCH DIE BÜRGERINNEN UND
- BÜRGER GEFRAGT!



Anmerkungen

Der Text basiert auf der „Dresdener Rede“, die der Autor am 9.3.2025 im Staatsschauspiel in Dresden gehalten hat.

- 1 <https://www.tagesspiegel.de/politik/andreas-vosskuhle-im-gesprach-wer-die-demokratie-abschaffen-will-hat-uns-zum-gegner-10948225.html> (Zugriff 10.2.2025)
- 2 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-soederfordert-gleichzeitig-politikwechsel-und-rueckkehr-zu-einem-alten-deutschland-a-31af39a7-a940-4982-bc10-9ee95a8c5bba> (Zugriff 26.2.2025)
- 3 <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian> (Zugriff 21.1.2025)

Steffen Mau ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet zu Themen wie soziale Ungleichheit, sozialstruktureller Wandel und Transformation. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) und Träger zahlreicher Preise, darunter der Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (2021) und der Communicator-Preis der DFG und des Stifterverbandes (2023). Seine jüngsten Bücher sind „Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ (Suhrkamp 2023, mit Thomas Lux und Linus Westheuser) und „Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt?“ (Suhrkamp 2024).

Johanna Benz ist Zeichnerin und übersetzt als graphic recording artist verschiedene Texte, Vorträge und Gespräche synchron in Bilder. Seit 2013 zeichnet sie gemeinsam mit Tiziana Beck unter dem Namen „graphicrecording.cool“. Das Duo mit Sitz in Leipzig und Berlin entwickelt individuelle grafische Aufzeichnungsformate für Konferenzen, Symposien und Dialoge. Durch den Live-Zeichnungsprozess illustrieren und kommentieren sie Fakten, Ideen, Statements sowie subjektive Bilder mit dem Ziel, neue Verbindungen zwischen visueller und angewandter Kunst, Wissenschaft, Forschung und Bildung herzustellen.

Impressum

Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
Georgsplatz 10
20099 Hamburg
Telefon 040 / 33 402 – 0
www.toepfer-stiftung.de

Illustrationen
Johanna Benz

Redaktion
Uta Gielke

Gestaltung
QART Büro für Gestaltung,
Hamburg

Druck
Reset St. Pauli Druckerei

Hamburg, 2025

